Wie verteidigen wir Europas Freiheit in einer Welt aufstrebender, neuer Mächte?

Freiheitliche Gesellschaften stehen in einem **Systemkonflikt mit autoritären Staaten** wie China, denn gesellschaftliche Ressourcen sind hierzulande nicht einfach Verfügungsmasse staatlicher Autorität. Ein Denkanstoß

Von Sven Simon
Professor für Europa- und Völkerrecht und Mitglied des Europäischen Parlaments

Zwei Jahrzehnte nach dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation haben sich viele Vorhersagen über eine Annäherung der Volksrepublik an das „westliche" Modell liberaler Demokratie nicht bewahrheitet. Francis Fukuyamas viel zitierte Vorhersage vom „Ende der Geschichte" ist nicht eingetreten. Statt in einer Hegemonie des Liberalismus und der Demokratie finden sich die Europäer zu Beginn der dritten Dekade des 21. Jahrhunderts in einem Systemkonflikt mit einem autokratischen Politikmodell wieder, wie es in China vorherrscht. Anders als im Kalten Krieg des vorherigen Jahrhunderts handelt es sich bei dem heutigen Systemwettbewerb – zumindest derzeit und aus europäischer Perspektive – nicht um eine Auseinandersetzung über militärische Dominanz. Vielmehr geht es um die Frage wirtschaftlichen Wohlstands, globaler Technologieführerschaft und den Erfolg in der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen sowie natürlicher Bedrohungen. Die Europäische Union bildet zwar immer noch einen der größten Wirtschaftsräume der Welt und sie hat politisches Gewicht. Unsere Werte der individuellen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind nach wie vor attraktiv, aber unser Modell steht längst nicht mehr unangefochten da. Aufstrebende neue Mächte reklamieren wirtschaftlichen und politischen Einfluss und machen dem Westen in seinem Wohlstandsversprechen Konkurrenz.

Der Autor schrieb diesen Text im Anschluss an das diesjährige Convoco-Forum in Salzburg, bei dem er einen Vortrag hielt zum Thema „Wie viel Freiheit müssen wir aufgeben, um frei zu sein?"

Die Bewältigung der Covid-19-Pandemie mit ihren Erfolgen und Misserfolgen kann als aktuelles Kapitel dieses Systemwettbewerbs betrachtet werden. Dabei stellt sich die Frage, welche Auswirkungen es auf unser Selbstbild als freiheitliche und demokratische Gesellschaft hat, wenn öffentliches Leben im chinesischen Einparteienstaat scheinbar schneller zur Normalität zurückkehrt als in Europa. Die Vorstellung, dass uns ein autoritärer Einparteienstaat in Aspekten der Regierungsführung überlegen sein könnte, stellt eine Herausforderung für unser Selbstverständnis dar. Insbesondere hinterfragt es eine weitverbreitete Haltung in Europa, dass das politische Handeln des Westens noch immer einzig maßstabsbildend auf der Weltbühne sei. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat diese Verunsicherung im März gut ausgedrückt: „Wachstumsrückgänge können wettgemacht werden, Verletzungen im Selbstbild heilen weniger leicht."

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Convoco-Forums in Salzburg haben sich in diesem Jahr mit der Frage beschäftigt: „Wie viel Freiheit müssen wir aufgeben, um frei zu sein?" Bezogen auf Europas Freiheitsmodell stellt sich die Frage, mit welchen Ressourcen eine freiheitliche Gesellschaft den Herausforderungen einer sich rapide verändernden Welt entgegentreten kann. Für freiheitliche Gesellschaften stellt ein Systemkonflikt mit autoritären Staaten wie China eine besondere Herausforderung dar, weil gesellschaftliche Ressourcen nicht einfache Verfügungsmasse staatlicher Autorität sind. Die Selbstbeschränkung demokratischer Systeme reduziert notwendigerweise ihre Handlungsfähigkeit. Totalitäre Staatswesen sind in viel geringerem Maße Abwägungsfragen unterworfen. Im globalen Systemwettbewerb haben autoritäre Systeme stets den Vorteil größerer staatlicher Aktionsradien, Loslösungsfähigkeit von rechtlich definierten Prozessen und weit weniger beschränkten Durchgriffsmöglichkeiten. Demgegenüber stehen die (Grund-)Rechtsbindungen und Prozesstreue eines Rechtsstaats sowie der Zeitaufwand demokratischer Prozesse.

Für die EU sind zwei grundlegende Richtungsentscheidungen notwendig, um im Systemwettbewerb bestehen zu können: Erstens muss sie sich ihrer selbst vergewissern, das heißt, den Grund ihrer Existenz im 21. Jahrhundert neu definieren. Zweitens muss sie die Handlungsfähigkeit der Europäer erhöhen – ohne dabei die Grundwerte der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und individuellen Freiheit infrage zu stellen. Als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952 gegründet wurde, war das leitende Versprechen der europäischen Integration Frieden, Freiheit und gemeinsamer Wohlstand. Angesichts der aktuellen Herausforderungen muss das Narrativ mit einem Paradigmenwechsel von der Binnenorientierung zur Weltorientierung neu begründet werden. Die Europäische Union wurde zum Schutz voreinander gegründet, sie sollte als Schutzinstrument füreinander in der Welt weiterentwickelt werden.

Dabei muss es ihr gelingen, im Inneren vereint zu bleiben und nach außen handlungsfähig zu werden. Wenn die Union Garant für Europas Freiheitsmodell sein soll, muss sie wieder überzeugen und sich auf das Wesentliche konzentrieren. Vor allem aber muss das europäische Regierungsmodell in dem Bereich besser werden, in dem das westliche Freiheitsmodell anderen Systemen eigentlich grundlegend überlegen ist: dem freien Wettbewerb der Meinungen. Der demokratische Prozess mag länger dauern als die Entscheidungsfindung in einem autokratischen Staat, aber am Ende führt der Wettbewerb konkurrierender Meinungen zu höherer Effizienz, weil falsche Entscheidungen aufgedeckt und korrigiert werden können und Mehrheitsentscheidungen auf höhere Akzeptanz stoßen. Weil wir offene Kritik zulassen, sind unsere Institutionen auf lange Sicht stabiler. Weil Regierungen von Parlamenten und der Öffentlichkeit kontrolliert werden, müssen sie sich verantworten – sonst werden sie abgewählt. Allerdings haben wir gerade an dieser Stelle, bei diesem zentralen Wettbewerbsvorteil des westlichen Modells, auf europäischer Ebene Nachholbedarf.

»

Die EU wurde zum Schutz voreinander gegründet, sie sollte als Schutzinstrument füreinander in der Welt weiterentwickelt werden

«

Die größte Herausforderung besteht darin, politische Entscheidungen zu kommunizieren. Diskurs und Kommunikation sorgen in einer Demokratie für die Akzeptanz von Entscheidungen. Beides findet in Europa weitgehend nicht statt. Politische Debatten erfolgen nahezu ausschließlich in 27 stark fragmentierten Teilöffentlichkeiten, in den jeweils anderen Mitgliedstaaten sind sie weitgehend unbekannt. Die innere Organisation des Europäischen Parlaments, an deren Verbesserung zurzeit gearbeitet wird, verschärft das Problem. Die Plenardebatten haben die Bezeichnung „Debatte“ meistens nicht verdient. Einen Diskurs im Sinne eines öffentlich wahrgenommenen Austauschs gibt es nicht, damit fehlt ein Kernelement demokratischer Legitimation. So werden auf europäischer Ebene hochpolitische Entscheidungen in einer Art unpolitischem Raum getroffen und der Öffentlichkeit anschließend auch von niemandem erklärt. Das hat in den vergangenen Jahren stark an der Akzeptanz der europäischen Integration genagt. Hinzu kommt die Verantwortungsdiffusion, wie sie bei der Beschaffung der Covid-19-Impfstoffe deutlich geworden ist. Kaum jemand weiß, wer für was zuständig ist. Deshalb ist es leicht, die EU als Sündenbock an den Pranger zu stellen. Die Rückbindung an den Wählerwillen (Responsivität) wird als mangelhaft empfunden, Unionsrecht ist nur schwer veränderbar, die Einstimmigkeit in vielen Bereichen lähmend und das fehlende Initiativrecht des Parlaments vor allem bei der Änderung bestehender Regeln ein weiteres Problem demokratischer Legitimation.

Wenn die EU für Europas Freiheitsmodell eine dienende Rolle spielen soll, braucht es auf europäischer Ebene einen echten Wettbewerb der Meinung, eine gemeinsame Öffentlichkeit und eine Fokussierung auf die Themen, in denen die europäische Zusammenarbeit einen konkreten und sichtbaren Mehrwert bringt. Auch dann bleibt es schwierig, weil der Mehrwert nicht immer für alle gleich ist. Gemeineuropäische Interessen sind nicht immer die Summe der mitgliedstaatlichen Belange. Aber im Kern kann niemand bestreiten, dass wir bei der Verteidigung des europäischen Freiheitsmodells nur gemeinsam erfolgreich sein können.

Die nächsten Jahre sind eine kritische Phase. Verglichen mit der Zeit von Robert Schuman geht es komplementär zur „Schaffung einer immer engeren Union“ nach innen um eine handlungsfähige Union nach außen. Wir sollten den Mut und die Tatkraft jener Generation aufbringen und die beschriebenen Defizite beseitigen, die in Europa ausgerechnet in jenen Bereichen existieren, in denen das westliche Freiheitsmodell den entscheidenden Wettbewerbsvorteil hat. Die seit dem 9. Mai tagende Konferenz zur Zukunft Europas ist eine Chance, um eine fokussierte, handlungsfähige und demokratische Union zu entwerfen, welche die Stärken des europäischen Freiheitsmodells – den Wettbewerb der Meinungen im deliberativen Prozess, die höhere Effizienz, die größere Akzeptanz und auf lange Sicht das stabilere System – auch auf europäischer Ebene fest verankert. Wenn dies gelingt, werden wir Europas Freiheitsmodell im globalen Systemkonflikt erfolgreich verteidigen. ■

Fotos: xxxxxx/FOCUS-Magazin Bxxxxx xxxxx